



N i e d e r s c h r i f t

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg

19. Wahlperiode - 7. Sitzung

am Freitag, dem 23. August 2019, 17:00 Uhr,
im DESY, Gebäude 1b, Räume 4a und 4b, Notkestraße 85 in Hamburg

Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein

- Sitzungsdatum:** 23. August 2019
- Sitzungsort:** Hamburg, DESY, Gebäude 1b, Räume 4a und 4b,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
- Sitzungsdauer:** 17:08 Uhr bis 19:22 Uhr
- Vorsitz:** Abg. Karl Schwinke (SPD)
- Schriftführung:** Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
- Sachbearbeitung:** Dr. Monika Potztal

Zur selben Zeit und am selben Ort tagte ebenfalls zu den Themen der nachfolgenden Tagesordnung der Ausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tagesordnung:

1. Wissenschaftskooperationen - Forschungs- und Innovationszentrum DESY: Weiterentwicklung des Besucherangebots
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
2. Wissenschaftskooperationen zur Künstlichen Intelligenz (KI) - KI in der Medizin (Verbundprojekt KI-SIGS von SH, HH, HB)
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
3. Sachstandsbericht NEW 4.0
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)

4. Antrag zum Thema: Grenzüberschreitender Biotopverbund zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
5. Antrag zum Thema: Nord-Ostsee-Kanal
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
6. Petition L213-19/584 aus Schleswig-Holstein zur Weihnachtsamnestie
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
7. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Dorothee Martin (SPD)
Abg. Andrea Oelschläger (AfD)
Abg. Dr. Monika Schaal (SPD)
Abg. Karl Schwinke (SPD)

II. Weitere Abgeordnete

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)
Abg. René Gögge (GRÜNE)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Senatskanzlei

Herr Oberregierungsrat Dr. Jan Thiele

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Herr Staatsrat Dr. Torsten Sevecke

Behörde für Umwelt und Energie

Herr Leitender Regierungsdirektor Bernd-Ulrich Netz

Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung

Frau Staatsrätin Dr. Eva Gümbel

Deutsches Elektronen-Synchrotron

Herr Administrativer Direktor Christian Harringa
Herr Architekt Jörg Niderehe
Herr PR-Referent Christian Mrotzek

European XFEL

Herr Leiter Public Relations Bernd Ebeling

Universität Hamburg

Herr Prof. Dr. Frank Steinicke

IV. Mitglieder des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein des schleswig-holsteinischen Landtags

Abg. Kai Vogel (SPD)
Abg. Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Abg. Lars Harms (SSW)
Abg. Stephan Holowaty (FDP)
Abg. Lukas Kilian (CDU)
Abg. Peter Lehnert (CDU)
Abg. Jörg Nobis (AfD)
Abg. Barbara Ostmeier (CDU)

V. Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein des schleswig-holsteinischen Landtags

Abg. Ines Strehlau (Bündnis '90/ DIE GRÜNEN)

VI. Weitere Abgeordnete des schleswig-holsteinischen Landtags

Abg. Bernd Heinemann (SPD)

VII. Vertreterinnen und Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesregierung

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Arnd Weber, Stellvertretender Abteilungsleiter Wissenschaft

Staatskanzlei

Vivika Lemke, Referatsleitung Planung, Analysen, Schwerpunktthemen

VIII. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei und der Landtagsverwaltung Schleswig-Holstein

Dr. Monika Potztal, Dr. Sebastian Galka

IX. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit: 10 Personen

Vor Eintritt in die Tagesordnung fasste der Ausschuss einstimmig die Beschlüsse gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 6. Wegen Erkrankung des Referenten vertagte er einstimmig den TOP 3. Den TOP 6 setzte er von der Tagesordnung ab, da die schleswig-holsteinische Landesregierung nicht vertreten war.

Der Vorsitzende dankte im Namen der Abgeordneten für die interessante Führung durch das DESY vor Beginn der Sitzung sowie dafür, dass Herr Prof. Dr. Dosch, Vorsitzender des DESY-Direktoriums, dem Ausschuss in einem sehr anschaulichen Überblick die Arbeit des DESY vorstellte. Besondere Erwähnung fand die Entschlüsselung des Ribosoms 2009. Die gezeigte Präsentation liegt diesem Protokoll bei (Anlage 1).

Zu TOP 1

Keine Niederschrift; siehe Berichterstattung an die Bürgerschaft. Die Präsentation, die im Rahmen des TOPs gezeigt wurde, ist diesem Protokoll angehängt (Anlage 2).

Zu TOP 2

Keine Niederschrift; siehe Berichterstattung an die Bürgerschaft. Die Präsentation, die im Rahmen dieses TOPs gezeigt wurde, ist diesem Protokoll beigelegt (Anlage 3). Der vorgeführte Film ist unter folgendem Link verfügbar:

<https://www.youtube.com/channel/UCIq7rtiOGbrZGDRxNGnSf5A>

Zu TOP 3

Dieser TOP wurde vertagt (s.o.).

Zu TOP 4

Keine Niederschrift; siehe Berichterstattung an die Bürgerschaft.

Zu TOP 5

Keine Niederschrift; siehe Berichterstattung an die Bürgerschaft.

Zu TOP 6

Dieser TOP wurde vertagt (s.o.).

Zu TOP 7

Tagesordnungsgestaltung der Ausschüsse und Sitzung am 29. November 2019

Die schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten merkten an, dass unter der Notwendigkeit einer frühzeitigen Abstimmung der gemeinsamen Tagesordnung die Aktualität der Themen leide. Sie regten für die nächsten Sitzungen an, mit einem Vorlauf von circa zehn Tagen eine Beratung zu einem aktuellen Thema zu vereinbaren. Denn mit einem größeren Aktualitätsbezug würde die Arbeit des Ausschusses auch an Akzeptanz in der Bevölkerung gewinnen. Wenn zu dem Thema nicht in der aktuellen Stellung genommen werden könne, würden sie für die Sitzung im November die Situation des HVV zur Beratung anmelden. Möglicherweise könne dazu auch eine gemeinsame Resolution erarbeitet werden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, nicht zu allen Einzelheiten der komplizierten Verhandlungen auskunftsfähig zu sein. Eine detaillierte Darstellung könne dazu im November erfolgen.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten wiesen darauf hin, dass unter dem Punkt „Verschiedenes“ nach der Hamburger Geschäftsordnung keine inhaltlichen Erörterungen zulässig seien. Zum Thema des Öffentlichen Personennahverkehrs gaben sie dessen

Komplexität und die große Zahl der zu Beteiligten zu bedenken. Dies lasse sie den Erkenntnisgewinn einer solchen Befassung und die Wahrscheinlichkeit einer gemeinsamen Resolution bezweifeln.

Der Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Ausschusses merkte an, es gehe grundsätzlich um das Ansinnen, aktuellere Themen kurzfristig in die Tagesordnungen der Ausschüsse für die Zusammenarbeit aufzunehmen.

Der Hamburger FDP-Abgeordnete unterstützte das Bemühen um die kurzfristige Aufnahme aktueller Themen. Der HVV sei seinem Verständnis nach nur als Beispiel genannt worden.

Die schleswig-holsteinische Abgeordnete von Bündnis '90/DIE GRÜNEN schlug vor, sich bei dem durchaus wichtigen Thema HVV auf ein oder zwei Leitfragen zu fokussieren. Sie betonte, der Ausschuss sei durchaus auf übergreifende Fragestellungen angelegt und man habe an anderer Stelle nicht die Gelegenheit zum Austausch der oftmals sicherlich unterschiedlichen Sichtweisen.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE regte an, jeweils aktuelle Themen in einem Obleuteverfahren abzusprechen.

Der schleswig-holsteinische Vorsitzende erklärte, dass er mit den Obleuten seines Ausschusses einen möglichen Weg erörtern und sich mit dem Hamburger Vorsitzenden austauschen wolle, wenn dieser mit den Hamburger Obleuten Rücksprache gehalten habe. Er wies darauf hin, dass der Ausschuss auch bundesweit ein Novum sei, bei dem bestimmte Verfahren erst entwickelt werden müssten.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten befürworteten die Abstimmung über aktuellere Themen.

Der schleswig-holsteinische FDP-Abgeordnete plädierte sehr für den Vorschlag der schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten. Dies betreffe auch das Selbstverständnis des Ausschusses, der in seinen Augen nicht nur über Erfolge, sondern auch über Probleme sprechen und dies bei öffentlichkeitswirksamen Themen zeitnah tun solle. Er gehe davon aus, dass die beiden Landesregierungen in der Lage seien, die parlamentarischen Ausschüsse auch kurzfristig über aktuelle Themen zu informieren.

Die schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten stellten fest, man habe sich hinsichtlich ihres Anliegens bereits angenähert. Eine Resolution erscheine auch ihnen jetzt kaum realisierbar. Das vorgeschlagene Thema „HVV“ hielten sie nach wie vor für sehr wichtig, da es sehr viele Personen betreffe. Man solle diesen zumindest signalisieren, dass die Abgeordneten über die aktuelle Problematik berieten, und sich dabei auf zwei bis drei Schwerpunkte konzentrieren. Eine Stunde sahen sie dafür auch bei einer Beschränkung auf Kernfragen als zu kurz an.

Der schleswig-holsteinische SSW-Abgeordnete erklärte sich wegen der Bedeutung des Themas auch mit einer längeren Beratungszeit einverstanden. Er empfahl eine Konzentration auf bestimmte Fragestellungen und erachtete gerade wegen der oft konträren Positionen den Austausch der Begründungen für wichtig. Wenn es aktuelle, beide Bundesländer betreffende Themen gebe und ein Sitzungstermin des Ausschusses anstehe, müsse dieser darüber beraten. Er plädierte dafür, sich für eine entsprechende Anmeldung auf die kürzeste Frist zu einigen, die die hamburgische Geschäftsordnung zulasse. Die Obleute sollten sich jeweils abstimmen und die Vorsitzenden dann entsprechend die Tagesordnung aufstellen.

Der Hamburger Vorsitzende unterstrich, für eine stärkere Aktualität des Ausschusses brauche es die zielbewusste Kooperation und den Dialog aller Mitglieder. Er appellierte in diesem Sinne an die Abgeordneten, nachdem die bisherigen Abstimmungen sehr aufwendig

gewesen seien. Er betonte, dass es mit dem TOP 2 der aktuellen Sitzung gelungen sei, ein für beide Länder relevantes Thema aufzunehmen, das in anderen Ausschüssen noch nicht behandelt worden sei. Nach solchen Themen solle man weiter Ausschau halten, zumal die Ausschüsse bei manchen Grundsatzthemen ohnehin nicht zu einer gemeinsamen Haltung kämen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, einen Vorlauf von 14 Tagen gut bewältigen zu können und plädierten für diesen Zeitraum. Sie hielten ihn auch hinsichtlich der Verfahren in der politischen Diskussion für machbar und angemessen.

Der schleswig-holsteinische Vorsitzende zeigte Verständnis für den Wunsch nach frühzeitiger Information. Bei anderen Ausschüssen allerdings gelte auch eine Ladungsfrist von einer Woche. Er betonte, nach einem vereinfachten und praktikablen Verfahren zu suchen und vermeidbare Schwierigkeiten für die Regierungsvertreterinnen und -vertreter verhindern zu wollen.

Der Hamburger Vorsitzende wies sodann darauf hin, dass der nächste Sitzungstermin am 29. November 2019 in Schleswig-Holstein und der übernächste am 10. Januar 2020 in Hamburg stattfinden werde.

Der schleswig-holsteinische Vorsitzende erwartete, dass bis zur nächsten Sitzung die OECD-Studie zur Metropolregion vorliegen werde und empfahl eine schwerpunktmäßige Befassung damit.

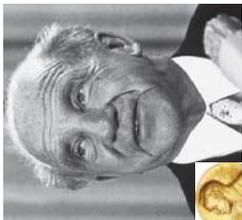
Der schleswig-holsteinische AfD-Abgeordnete beantragte, auch das Thema „Sachstandsbericht Kraftwerk Wedel“ auf die Tagesordnung zu nehmen und dabei die Frage im Auge zu haben, wie auf Hamburger Seite nach einer Abschaltung des Kraftwerks die Heizleistung ersetzt werden werde.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten regten an, den von der aktuellen Sitzung vertagten Termin NEW 4.0 am 29. November 2019 zu behandeln.

Karl Schwinke (SPD) (Vorsitz)	Carl-Edgar Jarchow (FDP) (Schriftführung)	Dr. Monika Potztal (Sachbearbeitung)
----------------------------------	----------------------------------------------	-----------------------------------------



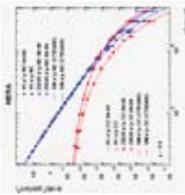
1959-2019. Die Entschlüsselung der Materie



Werner Heisenberg



Gluon



Electroschwache Vereinigung



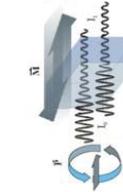
Proton Struktur



TESLA Technologie



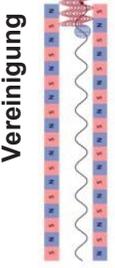
XFEL LINAC



XMCD Effekt



Schütz



Single-Path X-ray Laser



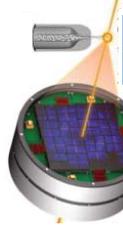
Saldin



Ribosom Struktur



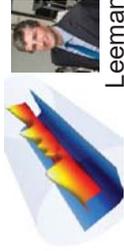
Yonath



SFX



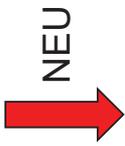
Chapman



Plasma-Beschleuniger



Leemans



DESY



DORIS



PETRA



DORIS-SR



HERA



FLASH



PETRA III-SR



XFEL



1959



W. Jentschke

DESY.

1971 1974



W. Paul



H. Schopper

1981



V. Sörgel

1992 Zeuthen

1993



B. Wiik

2000



A. Wagner

2009



H. Dosch

2019

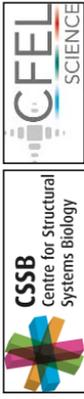


Campus Partners - Hamburg



- Forschung – Großgeräte – Ausbildung – Innovation – Internationale/interdisziplinäre Kooperationen

National



International





DESY Photon Science.

EUROPEAN XFEL

Deutschlands internationales Vorzeigeprojekt

Supraleitender LINAC im Vollbetrieb
Hohe Zuverlässigkeit
auf dem Weg zu „Röntgenblitzen à la carte“

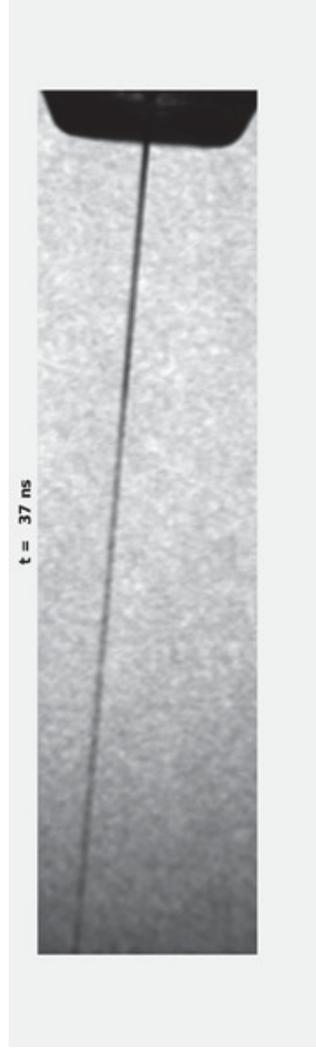
ARTICLE

DOI: [10.1038/s41467-018-06156-7](https://doi.org/10.1038/s41467-018-06156-7)

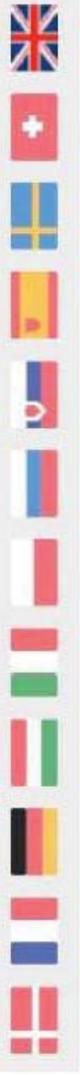
OPEN

Megahertz serial crystallography

Max O. Wiedorn  et al.[#]



siehe TOP 14 (Wim Leemans)



XFEL Operation

- 3 SASE-FELs parallel
- 4 Experimentstationen

Inbetriebnahme

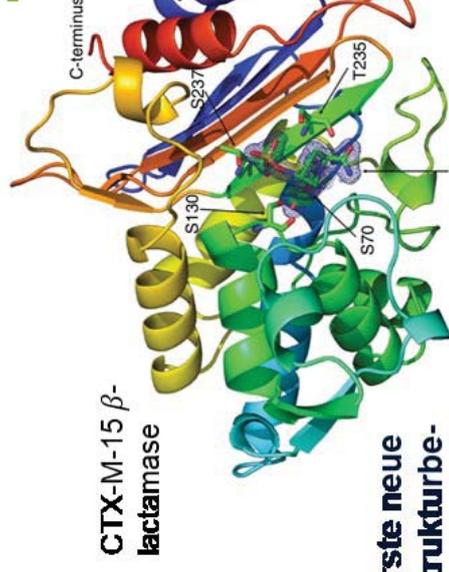
- 2 Experimentstationen

Inbetriebnahme

- HIBEF

Beschleuniger

- 17.5 GeV erreicht
- > 1 mJ pro Bunch
- 27.000 Bunches/s



CTX-M-15 β -lactamase

Erste neue Strukturbestimmung

Basisstruktur Penicillin

Anlage 1

DESY Innovation – Abteilung für Innovation und Technologietransfer

Maßgeschneiderte Infrastrukturen

DESY Innovation Village

- Modularer Büro- und Laborraum für DESY Start-ups und Innovationsprojekte (1,000 m²)



Februar 2019

Innovationszentrum

- Kombination Büro- und Laborflächen (über 2,000 m²)
- High-tech start-ups von DESY, Universität Hamburg, extern



Ende 2020

Integriertes Technologie- und Gründer-Zentrum

- Fokus: Medizin-Technik, Pharmazeutik, Biotechnologie, Nanotechnologie, Neue Materialien
- High-end Labors und Werkstätten, Büros, Event-Räume
- “Interlocking business and science”



Anlage 1

Mitte 2023 (2024/25 final)



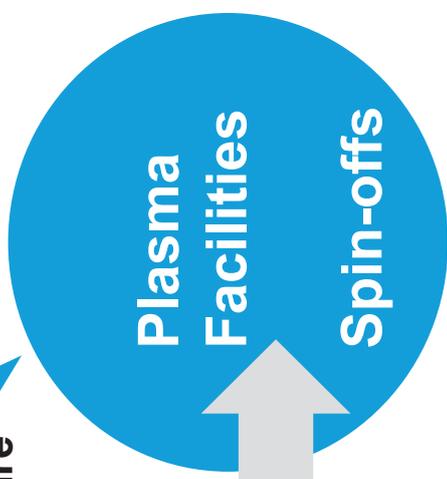
Laser-Plasma-Beschleunigung



10-20 Jahre



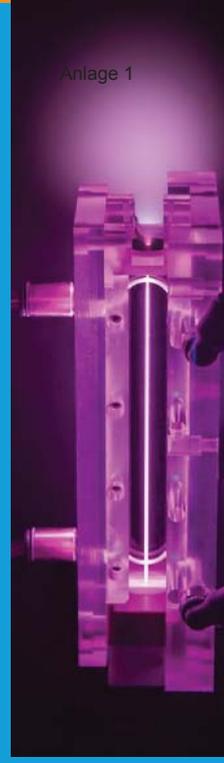
10-20 Jahre



Supraleitende Beschleuniger



Plasma-Beschleuniger



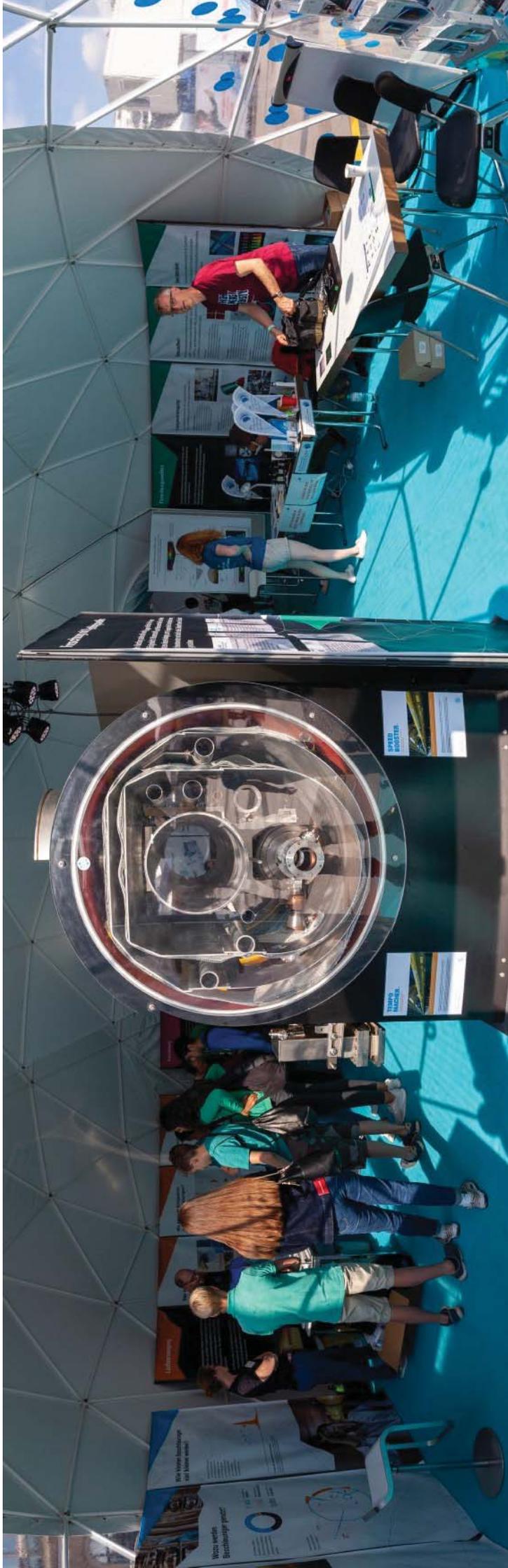
Beschleuniger F&E

Anlage 1

DESY 2030. Die Entschlüsselung der Materie

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein





Wissenschaftskooperationen

DESY und European XFEL: Weiterentwicklung des Besucherangebots

*Sitzung des Ausschusses für die Zusammenarbeit
der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein am 23. August 2019*

Anlage 2

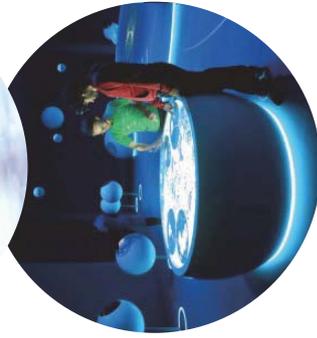


Einbettung neuer
Besucherkonzepte in die
Science City Bahrenfeld



Besucherzentrum im DESYUM (I)

Zentraler Anlaufpunkt für Forschung bei DESY

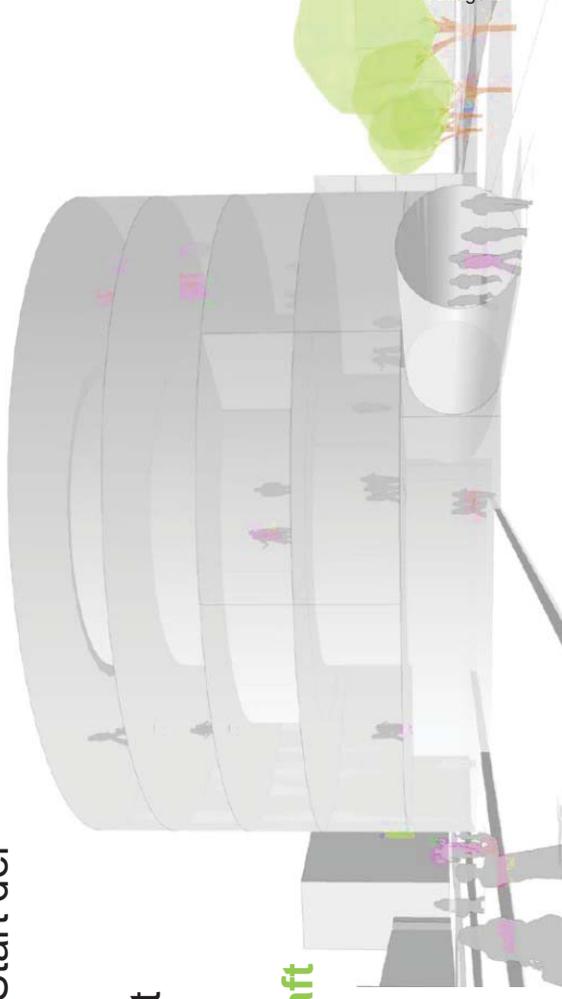


**Besucherzentrum DESYUM
als Anlaufpunkt für ...**

Alle: Zentrale Ausstellung und
Sonderausstellungen, Eventforum, Start der
Campustouren, ...

Schüler*innen : Anknüpfungspunkt
zum Schülerlabor

**Fachbesucher*innen Wissenschaft
und Wirtschaft:** Einblick
in die Forschung, industrielle
Anwendungen, Lösungsansätze
für gesellschaftliche
Herausforderungen

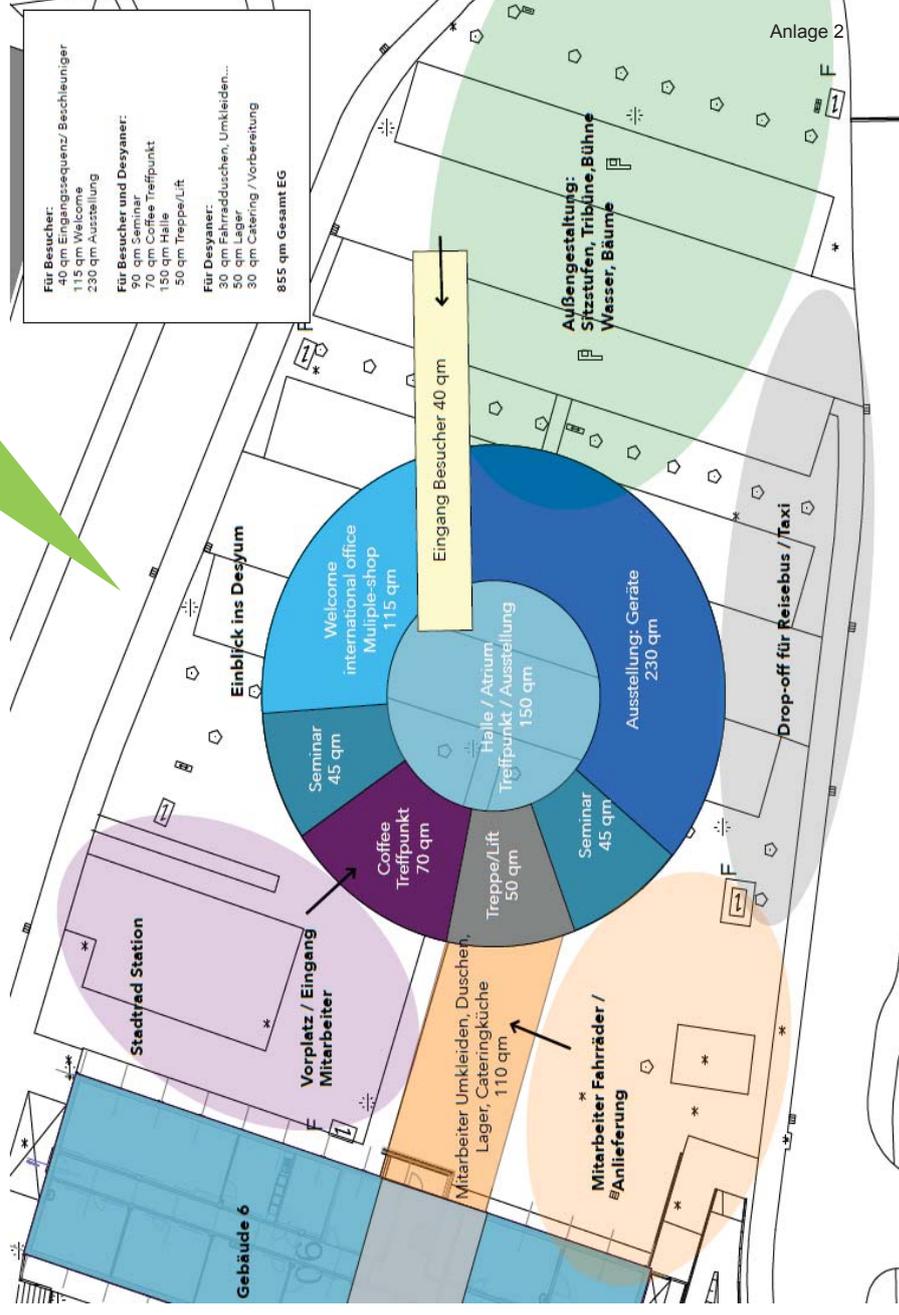


Besucherzentrum im DESYUM (II)

Planungsstand Bauprojekt

Nachhaltigkeits-
zertifikat angestrebt

- Besucherzentrum:
 - ca. 1.000 m² reine Ausstellungsfläche
 - ca. 200 m² Seminar und Veranstaltung
 - ca. 350 m² Besucherservice
- Öffentlichkeitswirksame Abteilungen (PR, Innovations- und Technologietransfer, International Office...):
 - ca. 1.300 m² Büroflächen
- Ergänzende Funktionen:
 - ca. 400 m² Multifunktionsraum, Umkleiden...
- Vergabeverfahren:
 - Planungsleistungen wurden europaweit ausgeschrieben.
 - Entscheidung Anfang 4. Quartal 2019
- Budget Besucherzentrum im DESYUM:
 - ca. 10,7 Mio. € Netto
 - inklusive Umsetzung der Erstaussstellung



Besucherzentrum im DESYUM (III)

Ausstellungskonzeption



Zielsetzung: Die allgemeine Öffentlichkeit über Spitzenforschung bei DESY informieren und Faszination und Interesse für DESY und zukünftige Projekte wecken. Interesse für Wissenschaft im Allgemeinen wecken und neue Beschäftigte gewinnen; zeigen, dass DESY ein attraktiver Arbeitsplatz ist.

Funktionen und Inhalte

- Ausstellung wird modular veränderbar sein
- Permanente Zugänglichkeit geplant: Scientist in Residence
- Beteiligung der Beschäftigten, u. a. virtuelles DESYUM-Unternehmen der Azubis
- Erdgeschoss und 1. Stock bilden offenes Atrium, umgeben von Galerien (Atrium kann für öffentliche Veranstaltungen genutzt werden)
- Seminarräume und Laborflächen können flexibel genutzt werden; Empfang, Souvenirshop und Café

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder HH und SH | 23. August 2019



Besucher- und Konferenzzentrum European XFEL (I)

Ziele und Zielgruppen

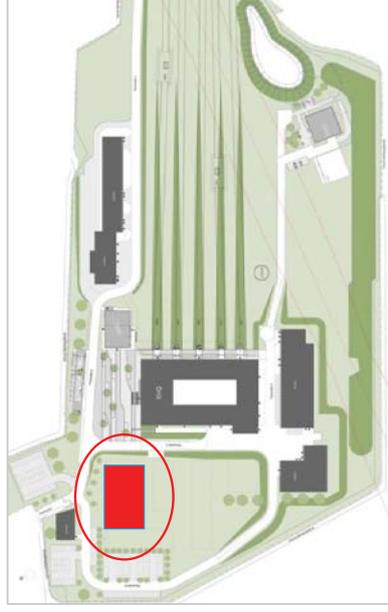
- Vermittlung von **Funktion** und **Forschungsthemen** des European XFEL
- Beitrag des weltweit größten Röntgenlasers zur **Lösung von wichtigen Herausforderungen** der Zukunft
- **Begeisterung** der Öffentlichkeit und speziell junger Zielgruppen für **Wissenschaft und Forschung**
- Einen zentralen **ersten Anlaufpunkt für die Kommunikation und Kooperation** mit Gästen aus den Bereichen Forschung, Lehre, Wirtschaft und Industrie schaffen
- **Schülerlabor:**
 - Forschung mit Röntgenstrahlen und verwandte Themen anschaulich vermitteln
 - die Arbeit in einer internationalen Forschungseinrichtung erlebbar machen



Besucher- und Konferenzzentrum European XFEL (II)

Angebote

- **500 m² Dauerausstellung** mit interaktiven Exponaten und innovativer Präsentations- und Medientechnik (z. B. Virtual Reality)
- wechselnde **Sonderausstellungen**
- **Führungen** durch Ausstellung und Experimentierhalle
- **Schülerlabor** (2 Labors mit unterschiedlichen Angeboten und Möglichkeiten)
- **Konferenzzentrum** für Events und Tagungen
- Eingebettet in den Campus mit Betriebsrestaurant, Verkauf von Merchandising-Artikeln, etc.



Besucher- und Konferenzzentrum European XFEL (III)

Aktueller Stand Projektplanung

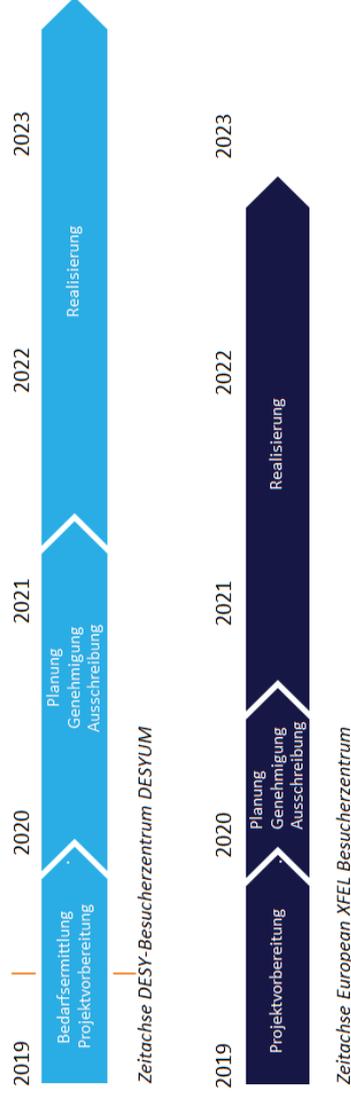
- **Budget** Gebäude und Ausstattung: **10,2 Mio. €**
- Weitere **Partner** aus Industrie, Wirtschaft oder Stiftungen für **Sponsoring und Finanzierung zusätzlicher Angebote und Ausstattung** werden gesucht
- **Planung und Ausschreibung** für Entwicklung der Ausstellung und Architekturwettbewerb für Gebäude **gestartet**



Abstimmung der Besucherkonzepte

Zusammenarbeit von DESY und European XFEL

- Erster gemeinsamer Workshop zur inhaltlichen Grundkonzeption im Sommer 2016
- Kontinuierlich Gegenstand von DESY/XFEL Governing und Admin Board
- 2019 gemeinsame Planungsgespräche der PR-Abteilungen mit externen Experten sowie Austausch von Bau-Unterlagen



Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder HH und SH | 23. August 2019

Verbindung beider Besucherzentren

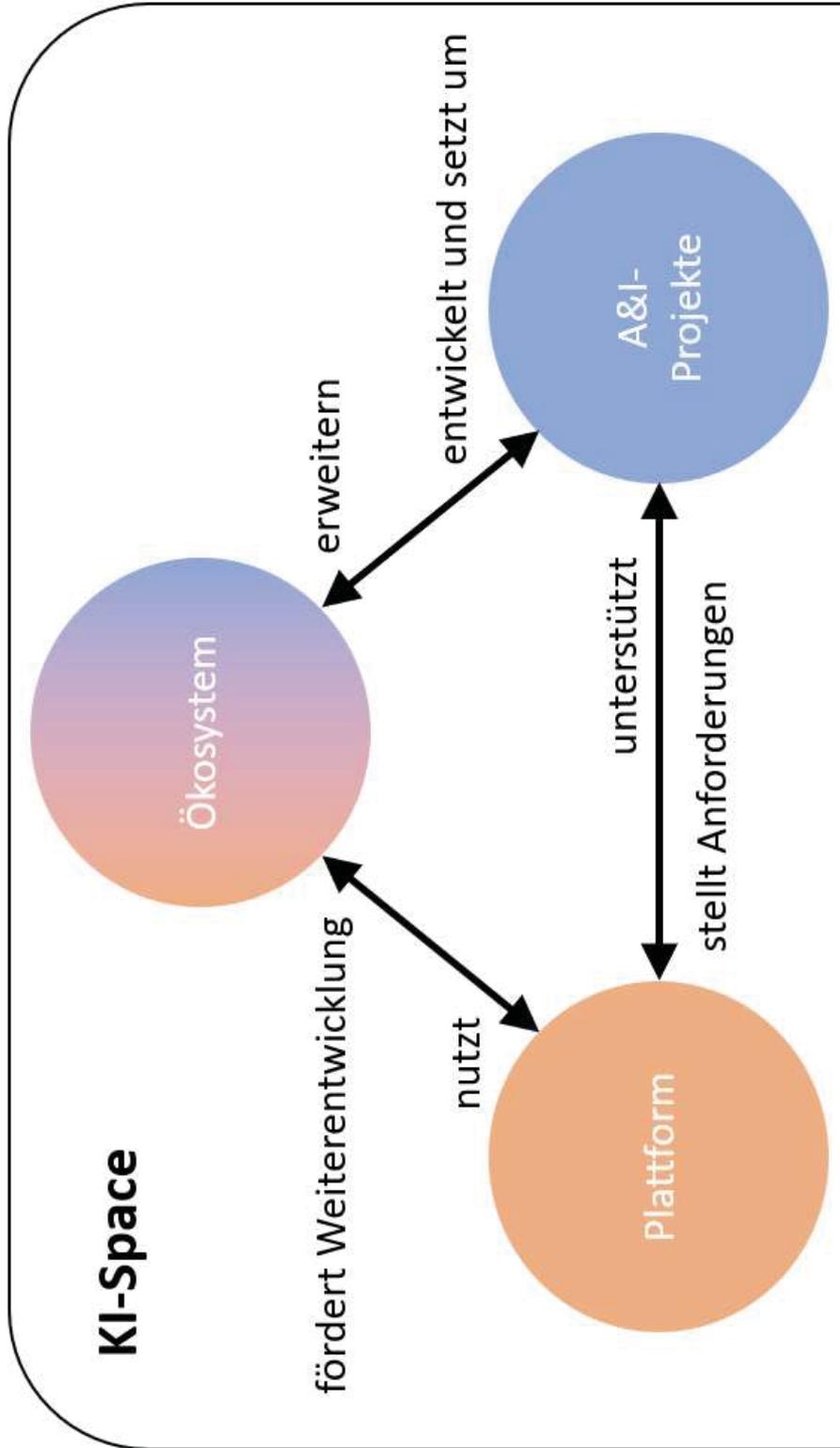
- Sich ergänzende Ausstellungen zur Forschung mit Photonen mit Anknüpfungspunkten
- Enge Abstimmung der Aktivitäten in den Schülerlaboren DESY/XFEL/UHH
- Gemeinsame Veranstaltungen



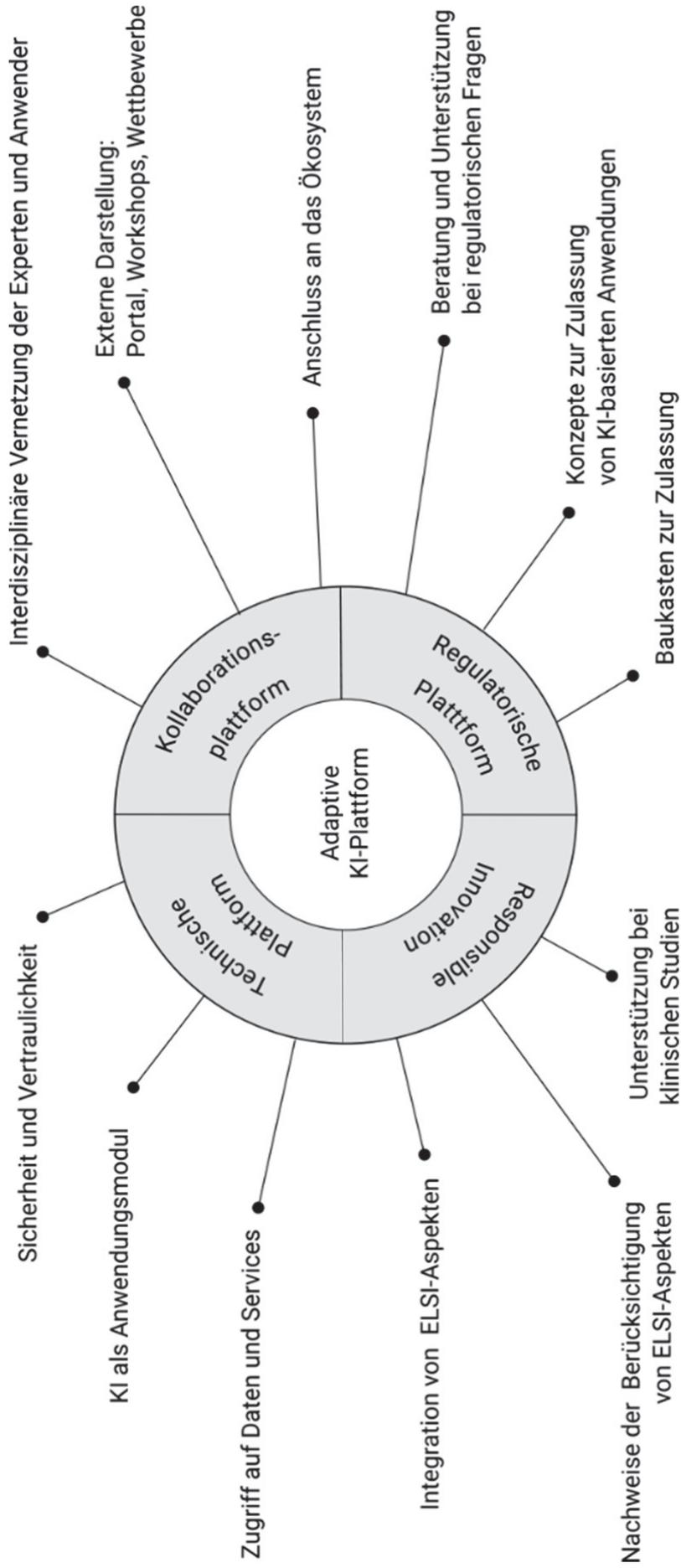


KI-Space für Intelligente Gesundheitssysteme

Prof. Dr. Frank Steinicke, Fachbereich Informatik, Universität Hamburg



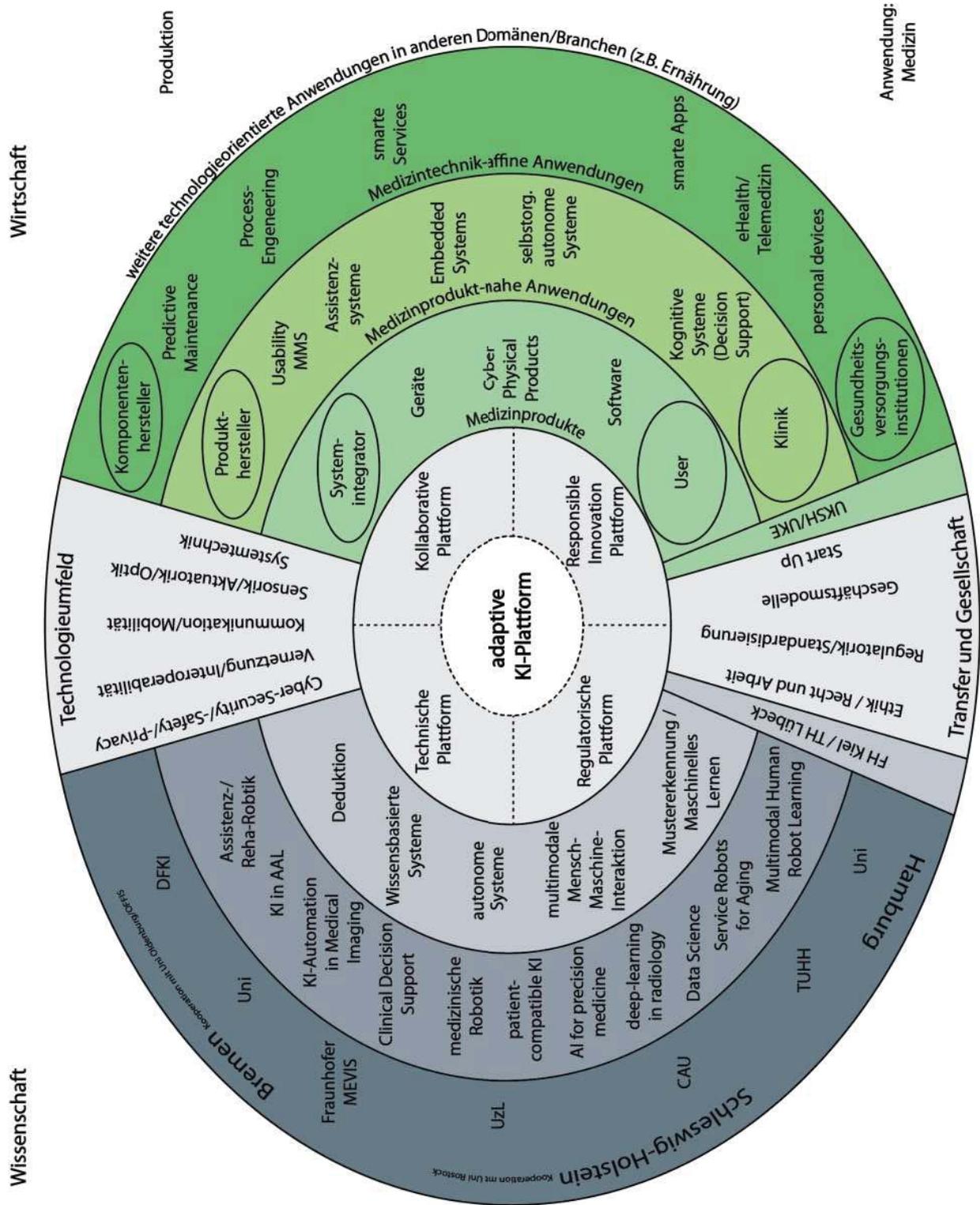
Komponenten der KI-Plattform



A&I-Projekte



Medizinischer Anwendungsbereich	KI-Technologie	Röntgen	Tomographie	Ultraschall	Multikamera/ Robotik	Akustik	Multi-modale Bildanalyse	Biosignal/Vital.	Klinika/ Forschung	Verwerter/ Wirtschaftspartner
Prävention	Anwendungsprojekt									
	Mobile Augendiagnostik				P1			P1	CAU, UZL, UB, UKSH	Cellmatiq
Diagnostik	Röntgen-Assistenz	P2							UKSH, UZL	Image Inf PRC GmbH
	Individuelle Hörhilffeanpassung					P8			UKSH, UHH, UZL	Advanced Bio-nics
	Tomographie		P4						UKSH, CAU, UZL	Philips
Intensivstation	Monitoring Vitalparameter							P3	DFKI Gesund.N	Philips
	Opt. Beatmung				P6			P6	UKE, UZL	Dräger
Chirurgie	Neurochirurgie Aspiratoren			P5					UZL, UKSH	Söring
	Implantate						P7		MEVIS	Stryker
Nachsorge/ Homecare	Bewegungstraining				P9	P9			UHH, UB	apoQlar Szenaris
	Mobile Augendiagnostik				P1		P1		CAU, UZL, UB, UKSH	Cellmatiq





<https://www.youtube.com/watch?v=OTWDRf5wFws>

Bericht

des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein

über die Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der
Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

zum Thema

„Wissenschaftskooperationen Forschungs- und Innovationszentrum DESY: Weiterentwicklung des Besucherangebots“

Vorsitz: Karl Schwinke

Schriftführung: Carl-Edgar Jarchow

I. Vorbemerkung

Der Ausschuss beschloss die oben genannte Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO einstimmig in seiner Sitzung am 23. August 2019. Er führte sie in derselben Sitzung abschließend durch. Zeitgleich, am selben Ort und zu derselben Thematik tagte der Ausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein.

II. Beratungsinhalt

Einleitend stellte Herr Prof. Dr. Dosch, Vorsitzender des DESY Direktoriums, anhand einer Präsentation, die dem Protokoll 21/07 des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder angehängt ist, die Arbeit des DESY und die Planungen für die Science City Bahrenfeld vor, die sich auch in den Stadtteil öffnen werde. Die in der Struktur- und Materialforschung führende und für die Entwicklung neuartiger Beschleuniger bekannte Institution strebe an, zu einem weltweit renommierten Zentrum für moderne Röntgen-Bildgebungsverfahren mit einem Forschungscampus zu werden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten die einzigartige Bedeutung des DESY und die Fortschritte, die durch gemeinsame Anstrengungen erreicht worden seien. Im Zusammenhang mit der Universität werde es das Herzstück der neu entstehenden Wissenschaftsstadt in Bahrenfeld bilden. Ein wichtiger Schritt in der Kooperation der beiden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bei diesem Vorhaben sei der Entschluss, an den beiden Enden des Lasertunnels mit einem abgestimmten Konzept die großartige Arbeit von DESY und European XFEL jeweils in einem Besucherzentrum darzustellen, was durch die Landesregierungen unterstützt werde.

In einer weiteren Präsentation wurden sodann die an den beiden Standorten geplanten Zentren detaillierter dargestellt (siehe Anlage zum Protokoll 21/07 des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein). Die Inhalte sollen auf einander abgestimmt, die beiden Zentren aber auch einzeln

besuchbar sein; ihre Fertigstellung ist für 2023 geplant. Eine Abstimmung ist auch bei den Schülerlaboren geplant, wobei zur Nutzung von Synergien zudem die von der Universität auf dem Campus betriebenen einbezogen werden sollen. Dass auch gemeinsame Veranstaltungen stattfinden sollten, ergebe sich beinahe von selbst.

Der schleswig-holsteinische FDP-Abgeordnete begrüßte es sehr, wenn der breiten Öffentlichkeit, insbesondere auch jungen Leuten, deutlich gemacht würde, was Wissenschaft in der Praxis bedeute, und man versuche, sie für die MINT-Wissenschaften zu begeistern. Zu einer solchen bedeutenden Einrichtung wie dem DESY gehöre eine solche Öffentlichkeitsarbeit auch dazu. Da Hamburg bereits über einige Konferenzzentren und -angebote verfüge, bat er zu dem erwähnten Tagungszentrum um nähere Ausführungen zu Zielsetzung und Zielgruppe, Größenordnung und Betreibermodell sowie zu der Frage, wer das Risiko trage.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, es bestehe kein Risiko. Schon für die Zahl der derzeit nachgefragten Besucherführungen würden die vorhandenen Räumlichkeiten nicht ausreichen.

Als der schleswig-holsteinische FDP-Abgeordnete deutlich machte, dass es ihm um das Konferenzzentrum gehe, führten die Senatsvertreterinnen und -vertreter aus, man plane einen multifunktionalen Raum, in dem Veranstaltungen mit bis zu 300 Personen stattfinden könnten. Er sei aber auch in kleinere Einheiten für verschiedene Besuchergruppen unterteilbar. Beispielsweise könnten – wie bereits angefragt worden sei - Führungskräfte tagungen externer Firmen durchgeführt werden. Der große Raum könne zudem für an die allgemeine Öffentlichkeit gerichtete Veranstaltungen dienen. Sie unterstrichen, es gehe nicht darum, den Hamburger Konferenzzentren Konkurrenz zu machen, sondern Raum für Tagungen zu haben, die eng mit der Wissenschaft am European XFEL verbunden seien, oder wenn jemand die Besichtigung der Anlage als Highlight seiner Tagung wünsche. Aus Schleswig-Holstein habe man ein Interesse wissenschaftlicher Einrichtungen wahrgenommen, dort zusammenzukommen und Veranstaltungen durchzuführen.

Der Hamburger Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte nach, ob in den Besucherzentren die gesamte Spannweite der Forschung sowie auch mögliche Risiken und Gefährdungen durch die hohen Spannungen beleuchtet würden. Er wollte wissen, ob ermittelt worden sei, welche Auswirkungen auf den menschlichen Körper ein Aufenthalt in der Nähe des XFEL habe und ob besondere Schutzmaßnahmen gegenüber negativen Wirkungen auf Körper und Natur ergriffen worden seien. Der Aspekt der Forschungsfolgenabschätzung und –abwägung sei ihm sehr wichtig.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten bezeichneten die Fortschritte, Neuheiten und bahnbrechenden Entwicklungen am DESY und die Pläne für die Science City Bahrenfeld mit ihrer Öffnung in den Stadtteil als beeindruckend. Zum Innovation Village fragten sie nach den bisherigen Erfahrungen und dessen Bedeutung für den Standort. Darüber hinaus interessierte sie, wie die künftige Abstimmung der Besucherzentren untereinander geplant sei, ob es auch Austauschangebote geben werde oder der Fokus auf dem Geschehen an den einzelnen Standorten liege.

Die schleswig-holsteinische Abgeordnete von Bündnis '90/DIE GRÜNEN fragte bezüglich der Planungen der Science City nach einer Einschätzung des Bedarfs an weiteren Flächen. Werde man auf der XFEL-Seite noch Möglichkeiten für wissenschaftliche Ergänzungen oder die Ansiedlung von innovativen Betrieben haben?

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen darauf hin, dass man sich am Anfang des Entwicklungsprozesses befinde. Im Grunde betreffe das Thema die Metropolregion. So würden ihrer Vorstellung nach nicht nur die Gebiete rechts und links der Luruper Chaussee zusammenwachsen, sondern sich auch weiter ausdehnen können. Im Rahmen der bereits erkennbaren Entwicklung werde es gelingen, Forschungsinnovationen auch in betriebliche Innovationen umzusetzen, was Zeit und Flächen erfordere. Auf lange Sicht werde man also über Ausweitungen sprechen können. Auch wenn dies ein Thema für die Zeit in zehn Jahren sein werde, hielten sie es für gut, es bei den Planungen im Hinterkopf zu behalten.

Zum Thema Sicherheit ergänzten sie, dass das DESY die Frage des sicheren Einsatzes der dort entwickelten Technik sehr ernst nehme und sie sich sicherlich in der Ausstellung widerspiegeln werde. Der Aspekt der Technikfolgenabschätzung werde hinsichtlich seiner positiven und seiner negativen Dimension bearbeitet. Er werde aber nicht der Schwerpunkt der Ausstellung sein. Sie betonten, es gehe ihnen als einer Expertenorganisation darum, eine gute Arbeit weitreichender bekannt zu machen, wobei sie keine Intransparenz hinsichtlich negativer Aspekte anstrebten.

Für das Innovationszentrum zeichne sich schon jetzt ein großes Interesse ab. Sie gingen davon aus, dass sie deutlich mehr Nachfrage als Fläche hätten. Die Abstimmungsprozesse bezüglich der Besucherzentren seien bereits sehr eng. Sonderausstellungen nach Möglichkeit zu tauschen, hielten sie für eine gute Idee. Sie würden sehr viel Wert darauf legen, dass sich die Ausstellungskonzepte ergänzten, die Ausstellungen auf einander verwiesen und der Besuch beider Präsentationen motiviert werde. Zum Thema der Sicherheit fügten sie hinzu, dass DESY und European XFEL beim Bau des XFEL sehr erfolgreich Nachbarschaftsarbeit betrieben hätten, die auch die Frage der Bedeutung des Baus für die Umebung abgedeckt habe. Gerade bezüglich des Aspekts der Sicherheit arbeiteten beide Institute eng zusammen.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten erwähnten, dass Hamburg die pädagogische Arbeit in dem Bereich durch Planstellen für Lehrkräfte unterstütze und wollten wissen, ob dies auch von schleswig-holsteinischer Seite überlegt werde.

Laut Auskunft der schleswig-holsteinischen Regierungsvertreterinnen und -vertreter werde an die dauerhafte Abordnung einer Lehrerplanstelle für den European XFEL Science Campus gedacht.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein empfiehlt der Bürgerschaft, von seiner Beratung Kenntnis zu nehmen.

Carl-Edgar Jarchow, Berichterstattung

Bericht

des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein

über die Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der
Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

zum Thema

„Wissenschaftskooperationen zur künstlichen Intelligenz (KI)- KI in der Medizin (Verbundprojekt KI-SIGS von SH, HH, HB)“

Vorsitz: Karl Schwinke

Schriftführung: Carl-Edgar Jarchow

I. Vorbemerkung

Der Ausschuss beschloss die oben genannte Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO einstimmig in seiner Sitzung am 23. August 2019. Er führte sie in derselben Sitzung abschließend durch. Zeitgleich, am selben Ort und zu derselben Thematik tagte der Ausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein.

II. Beratungsinhalt

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten, dass die Federführung für dieses Projekt beim Land Schleswig-Holstein liege und sie sehr froh über die sehr gute Zusammenarbeit seien.

Die schleswig-holsteinischen Regierungsvertreterinnen und -vertreter betonten, für Schleswig-Holstein habe das Projekt einen sehr hohen Stellenwert, wie auch in dem im Juni beschlossenen Papier der Landesregierung „Künstliche Intelligenz: Strategische Ziele und Handlungsfelder für Schleswig-Holstein“ deutlich werde. Sie brachten wertschätzend zum Ausdruck, dass alle beteiligten Institutionen durch die sehr zügige Zusammenarbeit in der ersten Bewerbungsphase für das Projekt erfolgreich gewesen seien. Zu dem vor wenigen Tagen eingereichten Antrag hofften sie auf eine positive Entscheidung bis Ende September. Die schleswig-holsteinische Staatskanzlei habe alle norddeutschen Bundesländer eingeladen, um sich über die derzeit im Bereich KI stattfindenden Aktivitäten und mögliche Abstimmungs- und Kooperationsbedarfe zu verständigen. Sie wiesen ergänzend darauf hin, dass die Bundesregierung im Zusammenhang mit der im vergangenen Jahr veröffentlichten nationalen KI-Strategie in den nächsten Jahren große Förderprogramme auflegen wolle, zu denen erste Ausschreibungen gerade erfolgt seien. Sie betonten, ein Zusammenwirken der norddeutschen Länder sei in dem Bereich erforderlich, auch um gegen die süddeutschen Länder im Wettbewerb zu bestehen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten fest, das Thema KI habe durch die rasante Entwicklung in diesem Bereich und durch den vermehrten Einsatz der KI in den vergangenen Jahren an Relevanz gewonnen. Das länderübergreifende Projekt versuche, die Bereiche KI und Gesundheit zusammenzubringen. Die norddeutschen Länder hätten in diesem Bereich durch die Hochschulen, die anderen Forschungsinstitutionen und die Wirtschaftsunternehmen unterschiedlicher Größe eine besondere Stärke. Zum Ausschreibungsverfahren durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) fügten sie hinzu, von den 135 Einreichungen im Bereich Gesundheit sei an 35 die Aufforderung zu Projektvorschlägen ergangen. Es solle nun eine Projektvorstellung in Berlin erfolgen und nach einer hoffentlich positiven Evaluation am 1. Januar 2020 das Projekt starten. Einzelheiten stellten sie in einer Präsentation vor, die dem Protokoll 21/07 des Ausschusses angehängt ist. Darüber hinaus zeigten sie einen kurzen Film über das Projekt „KI-SIGS Norddeutsches Kompetenzzentrum für Künstliche Intelligenz in der Medizin“, der unter folgendem Link abgerufen werden kann:

<https://www.youtube.com/channel/UCIq7rtiOGbrZGDRxNGnSf5A>

Die Hamburger SPD-Abgeordneten griffen die erwähnte Kooperation mit der Praxis auf und baten um nähere Informationen zum Auswahlverfahren und der Anzahl der ausgewählten Personen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter unterstrichen Bezug nehmend auf den Film, dass auf die Ausschreibung sehr schnell und sehr gut habe reagiert werden können, weil in der Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein und Bremen gute Grundlagen vorhanden seien. Wirtschaft und Wissenschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein wirkten im Life Science Nord Cluster länderübergreifend im Gesundheitsbereich zusammen, wodurch viele Akteure miteinander bekannt seien und man schnell Partner für das Projekt habe finden können. Es umfasse 21 Partner, während vom BMWi lediglich 10-15 vorgesehen gewesen seien. Man habe die Idee einer offenen Plattform, sodass alle Medizinerinnen und Mediziner mit spezifischen Fragestellungen, die im Kontext KI-basierter Lösungen gelöst werden könnten, an das Konsortium herantreten könnten. Unter Beteiligung von Wissenschaftlern, Wirtschaftspartnern und den Kliniken werde es eine Struktur geben, die unter den Anfragen auswähle, welche sinnvoll und gut vom Konsortium würden beantwortet werden können.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten befürworteten sehr die KI in jeglichen Bereichen und äußerten ihre Faszination durch solche Forschungsprojekte. Sie wollten wissen, ob man in der vorgegebenen Zeit und im vorgegebenen Kostenrahmen die angestrebten Ergebnisse erzielen könne, und baten um eine Einschätzung, wann Patientinnen und Patienten erstmals von der Forschung profitieren könnten. Außerdem interessierte sie, wie mit ethischen, gesellschaftlichen und moralischen Veränderungen umgegangen werde. Während es im Film heiße, dass KI noch lange nicht einen Arzt ersetzen, sondern nur ergänzen werde, werde dies möglicherweise doch irgendwann der Fall sein. Daher wollten sie wissen, wie diese Fragen im Konsortium diskutiert würden. An die Senatsvertreterinnen und -vertreter adressiert, fragten sie, ob in den Projekten auch erörtert werde, wie jetzt schon künftige Ärzte und Pflegepersonal ausgebildet werden könnten, um KI an Patientinnen und Patienten anwenden zu können.

Die schleswig-holsteinischen Regierungsvertreterinnen und -vertreter gingen auf die Frage nach der Behandlung ethischer Fragestellungen ein. Dieses Projekt demonstriere, dass sie immer als Baustein mitgedacht werden müsse, weshalb sich auch ein Forschungsschwerpunkt damit beschäftige und man versuchen werde, die Gesellschaft mit einzubinden. Auch die Projektausschreibungen der Bundesministerien berücksichtigten dies, weil bekanntermaßen nur so die Akzeptanz solcher Technologien erreicht werden könne. Dass die Behandlung dieser Fragen nicht einfach sei, hätten sie bei der Festlegung des KI-Handlungsrahmens festgestellt, weil noch unklar sei, wo man sich staatlicherseits zur Sicherung bestimmter ethischer Standards einbringen müsse. Die Europäische Kommission habe mit Unterstützung einer Expertenkommission Ethik-Leitlinien verabschiedet, an denen sich Schleswig-Holstein in seinen Dokumenten orientiert habe. Sie wollten auch dafür sorgen, dass dies in den von ihnen unterstützten Projekten ausreichend integriert werde. Derzeit

arbeiteten sie an einem Regularium und überlegten, welche Gremien in der Landesregierung noch benötigt würden, um sicherzustellen, dass die ethischen Anforderungen in der KI berücksichtigt würden und der Mensch im Mittelpunkt bleibe. Sie hielten dies für ein gutes Thema, zu dem sich die beiden Bundesländer austauschen und gemeinsame Vorschläge entwickeln könnten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten hinsichtlich der angesprochenen Einhaltung des Zeitrahmens aus, dass das Projekt durch die Finanzierung durch das BMWi den Fokus auf der Produktinnovation lege. Daher hätten sie bei der Erarbeitung der Plattform auch darauf geachtet, ob die Partner schon auf eigene Bausteine aufsetzen könnten und die Realisierung innerhalb des Zeitrahmens von drei Jahren aussichtsreich erscheine. Als Beispiel nannten sie eine Zusammenarbeit mit dem Hospital zum Heiligen Geist in Harburg, bei dem es um Bewegungstraining für ältere Bewohner im Kontext von Demenz und Alzheimer gehe.

Zu den ethischen Fragen konkretisierten sie, zwei sehr gute Expertinnen aus dem Bereich Ethik und Informationstechnologie gewonnen zu haben, deren Thema die politischen und rechtlichen Auswirkungen der Medizin seien.

Hinsichtlich der Ausbildung wiesen sie darauf hin, dass eine förmliche Implementierung kurzfristig nicht möglich sei, doch seien im Rahmen der Kooperationsplattform schon Workshops zur Fortbildung von Mediziner*innen, möglicherweise auch Zertifikationen über einzelne Bereiche, vorgesehen. Sie betonten, dass die Curricula ständiger Anpassung unterlägen und Anstrengungen unternommen würden, KI darin unterzubringen.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten interessierte, ob überlegt werde, ein Netzwerk mit den Ostseeanrainerstaaten und darüber hinaus einzubeziehen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, im Moment handele es sich um ein norddeutsches Kompetenzzentrum, mit dem bewusst eine starke Achse gegenüber den südlichen Bundesländern habe aufgebaut werden sollen, um den norddeutschen Ländern auch zu einer angemessenen Sichtbarkeit zu verhelfen. Es sei aber immer auch weiter gedacht worden. Es habe anfängliche Überlegungen gegeben, auch den nordeuropäischen Bereich einzubeziehen. Dies sei allerdings bei einem BMWi-Projekt nicht ohne weiteres möglich. Das Zentrum solle aber als Keimzelle zur Akquise weiterer Mittel fungieren, die beispielsweise im Rahmen von EU-Projekten im dem Fokus auf dem Ostseeraum erreicht werden könnten. Es gebe Partner in Universitäten in Dänemark, Schweden und Norwegen, deren Ansprache im Zusammenhang mit EU-Projekten sinnvoll wäre.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein empfiehlt der Bürgerschaft, von seiner Beratung Kenntnis zu nehmen.

Carl-Edgar Jarchow, Berichterstattung

Bericht

des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein

über die Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der
Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

„Antrag zum Thema: Grenzüberschreitender Biotopverbund zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg“

Vorsitz: Karl Schwinke

Schriftführung: Carl-Edgar Jarchow

I. Vorbemerkung

Der Ausschuss beschloss die oben genannte Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO einstimmig in seiner Sitzung am 23. August 2019. Er führte sie in derselben Sitzung abschließend durch. Zeitgleich, am selben Ort und zu derselben Thematik tagte der Ausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Nachdem bereits am 23. November 2018 eine inhaltliche Beratung zum Thema des Biotopverbundes stattgefunden hatte (siehe Drucksache 21/17433), legten die Fraktionen zur aktuellen Sitzung einen Antragsentwurf bezüglich des weiteren Vorgehens vor (siehe Anlage).

II. Beratungsinhalt

Die Hamburger SPD-Abgeordneten erklärten, den Biotopverbund nach der überzeugenden Berichterstattung durch die Regierungs- und Senatsvertreterinnen und -vertreter mit dem vorliegenden fraktionsübergreifenden Antragsentwurf weiter voranbringen zu wollen.

Die schleswig-holsteinische Abgeordnete von Bündnis '90/ DIE GRÜNEN hielt eine Unterstützung des Antrags durch die Ausschüsse beider Länder gerade vor dem Hintergrund der immer drängender werdenden Problematik des Klimawandels für begrüßenswert. Sie erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand und weiteren Planungen bezüglich des Biotopverbunds.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten, die OECD-Studie zur Metropolregion zum Anlass genommen zu haben, auch in den Bereichen Umweltschutz, Biosphären und Biotopverbünde gemeinsam zu agieren und sich auf dieser Ebene intensiver abzustimmen. Allerdings bilde die Metropolregion keinen einheitlichen Regelungsraum, sondern lediglich ein Forum von Partnern, mit denen eine gemeinsame Beratung dieser Projekte möglich sei. Hierzu seien sie entschlossen.

Die schleswig-holsteinischen Regierungsvertreterinnen und -vertreter unterstrichen, dem Vorhaben hohe Priorität beizumessen, und wiesen darauf hin, dass für

September zwischen den beiden Landesregierungen ein Treffen auf Arbeitsebene zur Planung der nächsten Schritte vereinbart sei.

Der Hamburger Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE drückte seine Unterstützung des vorgelegten Antragsentwurfs aus.

Die Hamburger AfD-Abgeordnete hielt die Zusammenarbeit im Sinne der Biotopverbünde für zweifellos wichtig und erklärte, den Antrag ebenfalls mit tragen zu wollen.

Die Hamburger Abgeordneten plädierten sodann einstimmig dafür, einen dem Entwurf entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft einzubringen.

Der Ausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein nahm den Antrag einstimmig an.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein empfiehlt der Bürgerschaft, von seiner Beratung Kenntnis zu nehmen.

Carl-Edgar Jarchow, Berichterstattung

Bericht

des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein

über die Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der
Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

„Antrag zum Thema: Grenzüberschreitender Biotopverbund zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg“

Vorsitz: Karl Schwinke

Schriftführung: Carl-Edgar Jarchow

I. Vorbemerkung

Der Ausschuss beschloss die oben genannte Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO einstimmig in seiner Sitzung am 23. August 2019. Er führte sie in derselben Sitzung abschließend durch. Zeitgleich, am selben Ort und zu derselben Thematik tagte der Ausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Nachdem bereits am 23. November 2018 eine inhaltliche Beratung zum Thema des Biotopverbundes stattgefunden hatte (siehe Drucksache 21/17433), legten die Fraktionen zur aktuellen Sitzung einen Antragsentwurf bezüglich des weiteren Vorgehens vor (siehe Anlage).

II. Beratungsinhalt

Die Hamburger SPD-Abgeordneten erklärten, den Biotopverbund nach der überzeugenden Berichterstattung durch die Regierungs- und Senatsvertreterinnen und -vertreter mit dem vorliegenden fraktionsübergreifenden Antragsentwurf weiter voranbringen zu wollen.

Die schleswig-holsteinische Abgeordnete von Bündnis '90/ DIE GRÜNEN hielt eine Unterstützung des Antrags durch die Ausschüsse beider Länder gerade vor dem Hintergrund der immer drängender werdenden Problematik des Klimawandels für begrüßenswert. Sie erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand und weiteren Planungen bezüglich des Biotopverbunds.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten, die OECD-Studie zur Metropolregion zum Anlass genommen zu haben, auch in den Bereichen Umweltschutz, Biosphären und Biotopverbünde gemeinsam zu agieren und sich auf dieser Ebene intensiver abzustimmen. Allerdings bilde die Metropolregion keinen einheitlichen Regelungsraum, sondern lediglich ein Forum von Partnern, mit denen eine gemeinsame Beratung dieser Projekte möglich sei. Hierzu seien sie entschlossen.

Die schleswig-holsteinischen Regierungsvertreterinnen und -vertreter unterstrichen, dem Vorhaben hohe Priorität beizumessen, und wiesen darauf hin, dass für

September zwischen den beiden Landesregierungen ein Treffen auf Arbeitsebene zur Planung der nächsten Schritte vereinbart sei.

Der Hamburger Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE drückte seine Unterstützung des vorgelegten Antragsentwurfs aus.

Die Hamburger AfD-Abgeordnete hielt die Zusammenarbeit im Sinne der Biotopverbände für zweifellos wichtig und erklärte, den Antrag ebenfalls mit tragen zu wollen.

Die Hamburger Abgeordneten plädierten sodann einstimmig dafür, einen dem Entwurf entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft einzubringen.

Der Ausschuss des schleswig-holsteinischen Landtags für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein nahm den Antrag einstimmig an.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein empfiehlt der Bürgerschaft, von seiner Beratung Kenntnis zu nehmen.

Carl-Edgar Jarchow, Berichterstattung